

5291/J XX.GP

Anfrage

der Abg. Dr. Povysil, Dr. Krüger, DI Hofmann, DI Schöggel
an den Bundesminister für Wissenschaft und Verkehr
betreffend verschwenderische und ineffiziente Reaktor -
sicherheitsforschung

Der EU - Rechnungshof hat nunmehr die Bedenken freiheitlicher
Abgeordneter hinsichtlich imaginärer Forschungstätigkeiten
und virtueller Institute in Rußland voll bestätigt, in denen
vorgegeben wird, Reaktorsicherheitsforschung zu betreiben.

Die diesbezügliche FPÖ - Anfrage "Unsicherheit bei der Reaktor -
sicherheitsforschung" (3398/J vom 10.12.1997) beantwortete
der Bundesminister für Wissenschaft und Verkehr dahingehend,
daß das RASPLAV Projekt des Kurtschatow - Instituts von der
OECD/NEA freihändig vergeben wurde; die Kosten seien 6,9
Millionen US - Dollar für Phase 1 bis 1997 und 5 Millionen
US - Dollar für Phase 2 bis 2000.

Während das Ministerium über die Finanzierungsstruktur
dieses RASPLAV - Projektes keinerlei Informationen erhalten
konnte, rechtfertigt es den Zuschlag der Forschungsgelder
an das Kurtschatow - Institut mit "aufwendigen Kernschmelz -
versuchen", die "kapitalaufwendige Einrichtungen" erfordern,
andererseits rechtfertigt das Ministerium die von den FPÖ -
Abgeordneten angezweifelte Sinnhaftigkeit der aufwendigen
Computersimulation von Reaktorunfällen mit der Notwendigkeit,
"daß die Computer - Simulationsmethoden an den Versuchen veri -
fiziert und die Simulationsfähigkeit, der Simulationsumfang
sowie die erfaßten Phänomene weitestmöglich ausgetestet werden."

Das ÖFZS mit seinem angeblich so hohen Forschungsstandard
erhielt aus diesem Titel keinen Forschungsauftrag, obwohl
Österreich an die OECD Mitgliedsbeiträge bezahlt und durch
seine exponierte Lage zu den Nachbarstaaten mit Problem - AKWs
in höchstem Maße an der Reaktorsicherheit dieser Gefahren -
quellen interessiert sein müßte.

Der Bundesminister für Wissenschaft und Verkehr antwortete
dazu:

"Das ÖFZS hat nur geringe Ressourcen für Projekte der Reaktor -
sicherheitsforschung und wählt daher seine Beteiligungen an
internationalen Projekten (OECD, EURATOM, EU, IAEA) nach der
direkten Bedeutung für Österreich und der Möglichkeit der
Finanzierung dieser Projekte durch Drittmittel aus."

Das heißt im Klartext:

Österreich zahlt namhafte Mitgliedsbeiträge an diese inter -
nationalen Organisationen, diese vergeben freihändig Forschungs -
projekte, im Fall des RASPLAV Projektes an ein russisches
Institut mit niedrigem Reaktorsicherheitsstandard, ein
Forschungsmittel - Rückfluß nach Österreich findet nur zu einem
Bruchteil oder gar nicht statt. Der EU - Rechnungshof konnte
nicht beurteilen, ob tatsächlich Fortschritte bei der nuklearen
Sicherheit erzielt wurden.

Im Interesse der Sparsamkeit, Wirtschaftlichkeit und Zweckmäßigkeit, aber auch der Abwendung zukünftiger Atomgefahren von Österreich richten die unterzeichneten Abgeordneten an den Herrn Bundesminister für Wissenschaft und Verkehr die nachstehende

Anfrage:

1. Ist Ihrem Ressort bekannt, an welcher Adresse die "aufwendigen Kernschmelzversuche", welche "kapitalaufwendige Einrichtungen" erfordern, durchgeführt wurden und werden ?
2. Hat Ihr Ressort inzwischen über die Finanzierungsstrukturen des RASPLAV - Projektes Informationen erhalten ?
3. Hat Ihr Ressort inzwischen bei der OECD gegen die freihändige Vergabe des RASPLAV - Projektes protestiert, da Österreich ja schließlich diese Organisation aus Mitgliedsbeiträgen mitfinanziert ? Wenn nein: warum nicht ?
4. Werden Sie aufgrund des EU - Rechnungshofberichtes über die verschwenderische und ineffiziente Atom - und Reaktorsicherheitsforschung, insbesondere in Rußland und den osteuropäischen Staaten,
 - a) die Herabsetzung der österreichischen Beiträge verlangen,
 - b) im Rahmen der EU - Ratspräsidentschaft die entsprechenden EU - Mittel um den Betrag reduzieren, der mißbräuchlich verwendet wurde,
 - c) im Rahmen der EU - Ratspräsidentschaft von den Projektbetreibern die Rückzahlung der mißbräuchlich verwendeten Gelder fordern,
 - d) eine transparente, sinnvolle und der Höhe nach gerechtfertigte Vergabe von Forschungsmitteln fordern?
5. Wo liegen die Ursachen für die niedrigen Rückflüsse an Forschungsmitteln nach Österreich
 - a) von internationalen Organisationen, bei denen Österreich Mitglied ist,
 - b) von der EU und ihren Nebenorganisationen wie EURATOM, obwohl Österreich die europaweit höchsten Pro - Kopf - Beiträge bezahlt,
 - c) von einzelnen EU - Programmen, obwohl sich Österreich beim EU - Beitritt ohne Wenn und Aber mit allen Förderungsrichtlinien einverstanden erklärt hat ?
6. Wann ist damit zu rechnen, daß Erkenntnisse der Forschungsökonomie
 - a) in die österreichische Forschungspolitik,
 - b) in die Forschungsförderung der EU und ihrer Nebenorganisationen einfließen und die Vergabe von Forschungsmitteln bestimmen ?